

Referendum als Damoklesschwert

Autor(en): **Koechlin, Simon**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Horizonte : Schweizer Forschungsmagazin**

Band (Jahr): **21 (2009)**

Heft 83

PDF erstellt am: **15.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-968391>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Referendum als Damoklesschwert

Die direkte Demokratie hat wenig Einfluss darauf, wie gut Minderheiten in einem Land geschützt sind. Referenden sorgen aber dafür, dass das Parlament den Volkswillen besser respektiert.

VON SIMON KOECHLIN

Für Schweizerinnen und Schweizer ist es selbstverständlich, dass viele politische Entscheide direkt vom Volk gefällt werden. Die Bevölkerung kann nicht nur Parlamente wählen, sondern auch über Vorlagen abstimmen und selber Initiativen und Referenden ergreifen. Die Vorteile dieser direkten Demokratien werden denn auch gern gepriesen. Aus wissenschaftlicher Sicht ist allerdings nicht klar, ob diese Staatsform wirklich besser und fairer ist als eine indirekte Demokratie, bei der das Volk den Gang der Staatsgeschäfte dem Parlament überlässt. Einige Forscher vertreten die Meinung, dass Minderheiten in der direkten Demokratie unter die Räder kommen,

Restriktive oder liberale Gesetzgebung? Entscheidend ist die Haltung der Bevölkerung – in direkten wie indirekten Demokratien (SP-Vertreterinnen reichen 2008 das Referendum gegen die Unternehmenssteuerreform ein).

Bild: Alessandro della Valle/Keystone

weil die Mehrheit einfach bei jeder Abstimmung in ihrem Sinn entscheidet. Andere gehen davon aus, dass Minoritäten in der direkten Demokratie ihre Anliegen einfacher einbringen können.

Forschende um Simon Hug vom Institut für Politikwissenschaften der Universität Genf untersuchten die Frage anhand verschiedener Minderheitsrechte in 52 Staaten. 22 der Länder kennen gewisse Formen direkter Demokratie, 30 funktionieren über die indirekte Demokratie. Die analysierten politischen Themen waren die sozialen und wirtschaftlichen Rechte der Frauen, die Versammlungsfreiheit, die Meinungsäusserungsfreiheit, das Recht auf Schwangerschaftsabbruch sowie die Rechte sexueller Minderheiten. «Frühere Studien beschränkten sich meist auf Unterschiede innerhalb eines Landes – zum Beispiel zwischen den Kantonen in der Schweiz – und kamen zu keinen schlüssigen Resultaten», sagt Hug. Die Genfer Forschenden zogen auch die Einstellung der Bevölkerung zu den verschiedenen Minderheitenfragen in Betracht – und durchforsteten dazu Meinungsumfragen aus den untersuchten Ländern. Sie vermuteten nämlich, dass die Haltung der Bevölkerung viel entscheidender als die Staatsform dafür ist, wie restriktiv oder liberal die Gesetzgebung in einem Land ist.

Vorauselender Gehorsam

Die Auswertung bestätigte dies. Und sie zeigte, dass die direkte Demokratie einen anderen Einfluss hat: Die Forschenden stellten nämlich fest, dass die Gesetze in direktdemokratischen Staaten näher bei der durchschnittlichen Meinung der Bevölkerung liegen. «Die direkte Demokratie arbeitet also nicht in eine bestimmte Richtung, sie kann sich sowohl positiv als auch negativ auf Minderheiten auswirken», sagt Hug. Wenn das Volk in einer Frage minderheitenfreundlicher ist als das Parlament, führt dies eher zu einem liberalen Gesetz als in der indirekten Demokratie. Auf dieselbe Weise bringt umgekehrt eine restriktive Haltung der Bevölkerung das Parlament eher dazu, Minderheiten zu übergehen. Es handle sich vermutlich um einen indirekten Einfluss, sagt Hug: Regierung und Parlament orientieren sich – in vorauselendem Gehorsam – stärker am Wählerwillen, weil ihnen sonst ein Referendum droht. Einen direkten Einfluss des Volkes schliesst Hug aus: Im Bereich der von ihm untersuchten Themen entstanden Gesetze nämlich kaum je durch Volksabstimmungen.

Die Schweiz verfolgt übrigens in den von der Studie untersuchten Bereichen eine minderheitenfreundliche Politik. Von Staaten ohne direkte Demokratie abzuheben vermag sie sich damit aber nicht. Einige dieser Länder haben zwar weniger Minderheitenschutz, andere aber gleich viel. ■